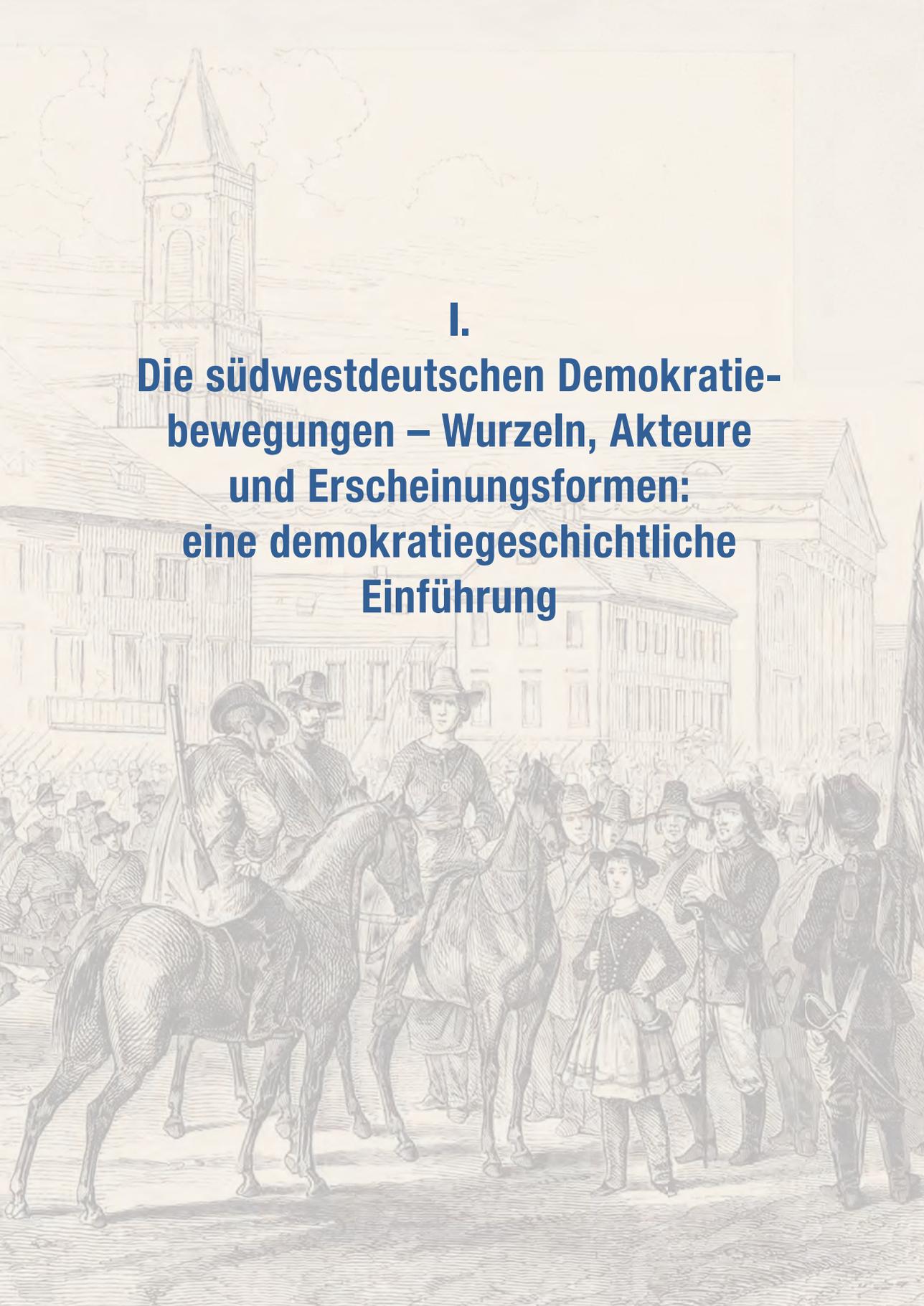


# **Erinnerungsorte zur Geschichte der Demokratie**

**Auf den Spuren der  
Demokratiebewegung in  
Rheinhessen und  
der Pfalz (1789–1849)**

THOMAS HANDRICH





**I.**  
**Die südwestdeutschen Demokratie-**  
**bewegungen – Wurzeln, Akteure**  
**und Erscheinungsformen:**  
**eine demokratiegeschichtliche**  
**Einführung**

Es ist kein Zufall, dass im Südwesten Deutschlands der Mut und die Entschlossenheit zur Verteidigung der Errungenschaften der Märzrevolution 1848 am stärksten waren. Fast alle gewählten Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Südwesten waren entschiedene Befürworter einer demokratischen Republik. Hier fanden 1848 die ersten und größten Demonstrationen und Volksversammlungen statt. Die Niederlage der ersten demokratischen Volksbewegung Deutschlands im Sommer 1849 begründete den beginnenden Siegeszug des Preußischen Nationalismus und Militarismus in Deutschland. Die Wegbereiter:innen unserer heutigen Demokratie sind dadurch lange Zeit in den vorherrschenden historischen Narrativen weitgehend in Vergessenheit geraten. Es gilt eine 50-jährige demokratischen Sonderentwicklung im Südwesten Deutschlands mit der dezidierten Perspektive auf die einzelnen Orte der Demokratiegeschichte wieder oder neu zu entdecken.<sup>1</sup>

## Die geopolitische Lage der linksrheinischen Regionen und die Bedeutung der Französischen Revolution

Frankreich war im 18. und auch im 19. Jahrhundert das Epizentrum gesellschaftlicher Umwälzungen in Europa (Abb. 1). Es gab vielfältige Beziehungen über die Grenze hinweg, insbesondere in das deutschsprachige Elsass. Paris und auch Straßburg besaßen für die Menschen entlang des Rheins eine weitaus höhere Anziehungskraft als Berlin oder München. Ein Beispiel für eine frühe Emigration und geistige Bereicherung durch den Kontakt zu Frankreich ist die Lebensgeschichte von *Paul-Henri Thiry d'Holbach* (1723–1789). Geboren in Edesheim/Südpfalz, wurde er, gefördert durch seinen in Paris lebenden Onkel, mit seinen religionskritischen und atheistischen Schriften ein bedeutender Philosoph der Aufklärung (Sauter 1972). In Paris traf er in Klubs auf eine kleine Gruppe von Professoren, Journalisten und Schriftstellern, die ihre eigenen Forderungen nach politischer Partizipation, nach Volkssouveränität und nach bürgerlicher Gleichheit formulierten. Damit stellten sich die Aufklärer gegen die absolutistisch ausgeübte „Tyrannei“ der Könige und Fürsten. Sie formulierten ein Bürgerrecht, das universelle Gültigkeit besaß und ausschließlich von der Vernunft der Menschen geleitet sein sollte.

V. a. in der Repressionsphase nach dem Hambacher Fest von 1832, fanden viele intellektuelle Repräsentanten der Demokratiebewegung, z. B. *Jakob Venedey* (1805–1871) (Bublies-Godau 2018),<sup>2</sup> *Friedrich Schüler* (1791–1873), *Ludwig Börne* (1786–1837), *Johann Georg August Wirth* (1798–1848), *Joseph Savoye* (1802–1862) und andere politisches Asyl in Frankreich. In Paris gründeten deutsche Intellektuelle politische Exilvereine. *Jakob Venedey* baute 1834 den ‚Bund der Geächteten‘ als Geheimbund



Abb. 1: Karte des Deutschen Bundes 1815–1866.

auf. Wenig später, zwischen 1836 und 1838, wurde der ‚Bund der Gerechten‘ unter Federführung des Schneidergesellen *Wilhelm Weitling* (1808–1871) gegründet. Hier fanden u. a. Handwerker und Arbeiter Zugang, sie politisierten sich, und ihr Engagement wirkte dann auch zurück nach Deutschland. Die entschiedene politische Opposition organisierte sich bis zum Vorabend der Revolution von 1848/49 besonders im Ausland (Kreuz 1999, S. 43 f.). Dabei spielten die „Helden“ des Hambacher Festes von 1832/33 eine bedeutende Rolle. Dazu zählten z. B. *Jakob Venedey* und *Friedrich Schüler* mit dem ‚Bund der Geächteten‘ in Paris, *Johann Georg August Wirth* in der Schweiz mit seinen Schriften sowie *Johann Philipp Becker* (1809–1886; Abb. 2), ein Freund von *Karl Marx* (1818–1883) und *Friedrich Engels* (1820–1895), mit dem seit 1847 betrie-

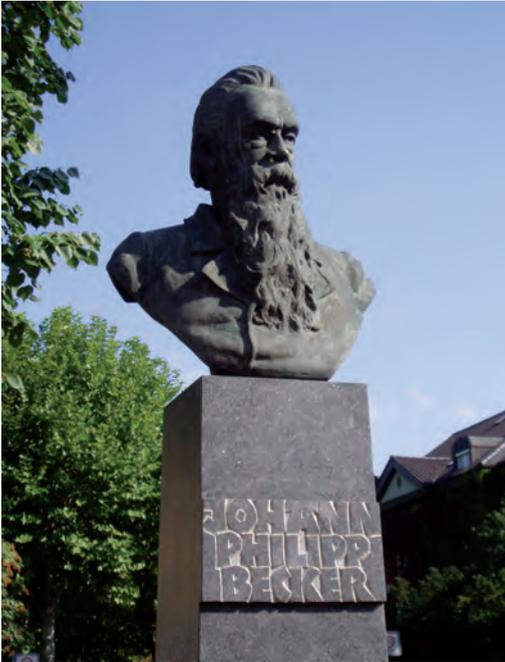


Abb. 2: Johann Philipp Becker, Gedenkstein in seinem Geburtsort Frankenthal.

benen Aufbau der badischen Volkswehr (Dlubek 1964; Engelberg 1964; Hahn 1999; Nestler 2005).

In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ungleichzeitig, aber tiefgreifend durch die auch in Deutschland ab den 1830er Jahren beginnende Industrialisierung. Viele Menschen verloren ihre Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land. Auch viele traditionelle Handwerksbetriebe konnten mit der seriellen, in einzelne Arbeitsschritte aufgespaltenen Produktionsweise in großen Manufakturen oder frühindustriellen Betrieben nicht mehr mithalten (Abb. 3). Die „Soziale Frage“ stellte sich v. a. für geringqualifizierte Tagelöhner:innen und arbeitssuchende Handwerksgesellen. In den städtischen Zentren

Frankreichs und der Schweiz formierten sich erste politische Interessenvertretungen der Handwerker und Arbeiter.



Abb. 3: Die Kattunfabrik Adam Orth in Kaiserslautern, um 1890.

## Mainz

**In Mainz lebten um 1800 ca. 22.000 Menschen. Die Einwohnerzahl wuchs stetig und stieg bis zum Jahr 1849 auf über 35.000 Menschen. Beginnend mit der ‚Mainzer Republik‘ (1792–1793) und dann erneut seit der Märzrevolution 1848 war Mainz immer wieder eine Hochburg der Demokratiebewegung im deutschen Südwesten.**

### Historische Ereignisse

Der Ausbruch der Französischen Revolution im Sommer 1789 löste unterschiedliche Reaktionen aus: In Mainz, wo man ja nicht nur Erfahrungen als fürstliche Residenzstadt machte, sondern dessen Bürger:innen auf eine lange, freilich 1462 mit der Eroberung der Stadt durch Truppen Erzbischofs *Adolfs von Nassau* untergegangene Tradition stadtbürgerlicher Emanzipation und Partizipation und einer eigenen Rechtskultur zurückblicken konnten (Matheus 2019, S. 14–33, bes. S. 27 ff.), begrüßte ein Teil der Bevölkerung die Revolution. Bereits 1781 hatte sich in Mainz eine ‚Lesegesellschaft‘ gegründet, in der die Ideen der Aufklärung eifrig diskutiert wurden.

Entschiedener Gegner von Postulaten der Gleichheit und Volkssouveränität waren, allen voran der Kurfürst und Erzbischof *Friedrich Carl Joseph von Erthal* (1719–1802), der Adel, die Repräsentanten der katholischen Kirche und die Vertreter der Zünfte. *Erthal* stand unter dem Einfluss jüngerer Geistlicher des Domkapitels den Ideen der Aufklärung zunächst aufgeschlossen gegenüber; er hatte eine Reihe von Reformen im Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen auf den Weg gebracht und die Judenemanzipation gefördert. Nun versuchte der Kurfürst, Mainz als Zentrum der Gegenrevolution zu etablieren: Vielen aus

Frankreich geflüchteten Adligen gewährte er Zuflucht, und im Juli 1792 organisierte er einen Fürstenkongress: Durch einen Feldzug gegen Frankreich sollte die Revolution niedergeschlagen werden. Mainz stellte mit 2.000 Soldaten das größte Kontingent in der preußisch-österreichischen Armee. Bei den Mainzern stieß die Idee der militärischen Beteiligung auf Protest, ebenso wie Versuche von aus Frankreich geflüchteten Adligen, in der Stadt Soldaten für den Krieg anzuheuern. Nachdem der Angriff auf Paris im September 1792 wider Erwarten in der ‚Kanonade von Valmy‘ gescheitert war, startete die siegreiche französische Revolutionsarmee unter ihrem General *Adam-Philippe de Custine* (1740–1793) einen Gegenangriff in Richtung der deutschen Länder. Am 21. Oktober 1792 erreichten die französischen Revolutionstruppen das bereits von Adel, Hof und Fürsten verlassene Mainz. Die Franzosen besetzten die kampflös übergebene Stadt, legten dabei jedoch zunächst großen Wert auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Sie sahen sich nicht als Besatzer, sondern als Befreier von dem ‚Despoten‘, dem Mainzer Kurfürsten und Erzbischof.

### **‚Mainzer Republik‘ (21. Oktober 1792–23. Juli 1793)**

In einer ersten liberalen Phase hofften die Franzosen, dass viele Mainzer:innen vom revolutionären Geist angesteckt würden. Selbst-

bestimmt sollten sie aus eigenem Antrieb eine Entwicklung vom Untertanen zum Bürger durchlaufen. Kontroverse Meinungsäußerungen waren möglich, auch die Zünfte, die mit der Einführung der Gewerbefreiheit berechtigterweise um ihre Privilegien bangen mussten, wurden nicht aufgelöst. Die französischen Entscheidungsträger um General *Custine*<sup>69</sup> starteten eine groß angelegte Kampagne und hofften, dass sich v. a. unter den aufgeklärten Bildungsbürgern viele für den Aufbruch in eine neue Zeit gewinnen lassen würden. Nach dem Vorbild von Straßburg und Paris wurde bereits am 23. Oktober 1792, zwei Tage nach dem Einmarsch, ein Jakobinerklub, die ‚Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit‘, ins Leben gerufen. Für viele Historiker:innen markiert dieser Tag die Geburtsstunde der ‚Mainzer Republik‘.<sup>70</sup>

Dem zunächst im Kurfürstlichen Akademiesaal des Mainzer Schlosses täglich, später viermal wöchentlich tagenden Jakobinerklub – „Im Zentrum der kurfürstlichen Macht und Hofhaltung wurden nun Debatten über die Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten geführt.“ (Matheus 2024)<sup>71</sup> – schlossen sich bis Ende November fast 500 Mainzer Bürger an, ein Zeichen, dass die Revolution auch von einem Teil der Bevölkerung mitgetragen wurde.

Auf den Sitzungen dominierten mit 21 % das Bildungsbürgertum (Professoren, Beamte und Lehrer), obwohl die Handwerker mit 45 % die weitaus größte Gruppe im Jakobinerklub bildeten. Alle Sitzungen waren öffentlich, an manchen nahmen bis zu 1.000 Mainzer:innen teil. Frauen durften sich nicht als Mitglieder registrieren lassen, waren aber als Zuhörer:innen zugelassen. Über die Inhalte der Vorträge und

Diskussionen informierten rasch gedruckte Flugblätter und Tageszeitungen (Abb. 41a). Der Jakobinerklub hatte zunächst das Ziel, für

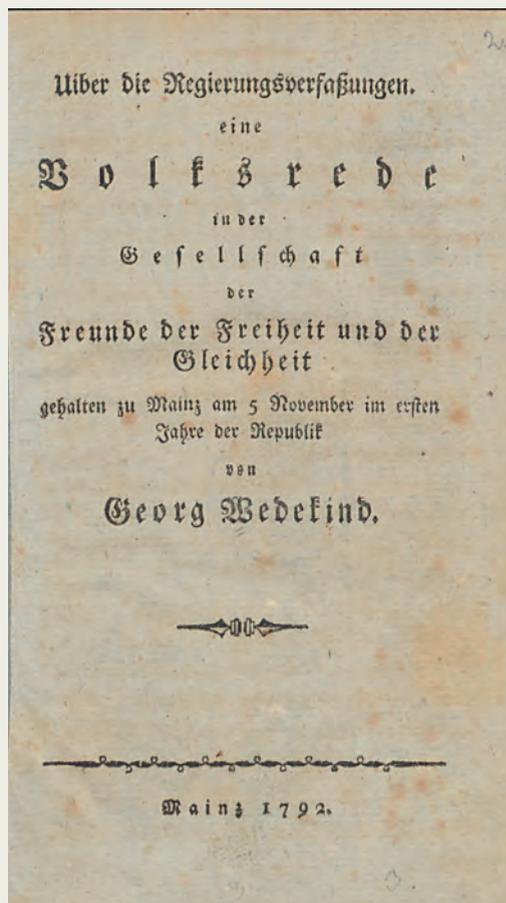


Abb. 41a: Der Abdruck der Rede von Georg Wedekind, einem der führenden Jakobiner, verdeutlicht exemplarisch das Bemühen, über die Ziele der Mainzer Republik aufzuklären und diese zu popularisieren.

eine neue Gesellschaftsordnung in Mainz und in den Dörfern des Umlandes bis nach Speyer und Bingen zu werben. Freiheitsbäume wurden aufgestellt, Feste mit Reden veranstaltet. Einen derartigen Appell zur Beteiligung, gerichtet an alle Bevölkerungsschichten, hatte es in der Geschichte Deutschlands bis dahin nicht gegeben.

Mit dem Mathematikprofessor *Matthias Metternich* (1741–1825), dem damaligen Studenten und späteren Professor der Schönen Künste *Friedrich Lehne* (1771–1836), den beiden Philosophen *Andreas Joseph Hofmann* (1752–1849) und *Adam Lux* (1765–1793), dem Weltreisenden und Schriftsteller *Johann Georg Adam Forster* (1754–1794; Abb. 41b),



Abb. 41b: Erinnerungstafel am Wohnhaus von Georg Forster in der Neuen Universitätsstraße.

dem Medizinprofessor *Georg Wilhelm Wedekind* (1761–1831) sowie den Theologen *Felix Anton Blau* (1754–1798), *Anton Josef Dorsch* (1758–1819), *Johann Georg Wilhelm Böhmer* (1761–1839) und anderen wurde die Revolution von bedeutenden Köpfen unterstützt. Und doch erreichten die neuen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit viele Bürger:innen nicht. Wirtschaftlich, politisch, sozial und auch weltanschaulich blieben viele Menschen dem Fürstbistum und seinen alten Abhängigkeiten verhaftet. Viele fragten sich auch, ob sich die

neue Gesellschaftsordnung dauerhaft würde halten können. Zum Jahreswechsel 1792/93 kam es in Paris zu einem Politikwechsel gegenüber der ‚Mainzer Republik‘: Waren es die schlechten Erfahrungen im ebenfalls besetzten oder befreiten Belgien, die drohende Rückeroberung der französisch besetzten Gebiete durch die bereits bei Frankfurt stehenden preußisch-österreichischen Truppen und/oder die ausbleibende breite Unterstützung durch die Mainzer Bevölkerung? Paris leitete mit einem Kurswechsel die autoritäre Phase der ‚Mainzer Republik‘ ein: Das Selbstbestimmungsrecht wurde aufgehoben, französische Staats- und Verwaltungsformen wurden eingeführt. Die Jakobiner hatten nun die Aufgabe, die Grundsätze der Revolution auch auf den unteren und mittleren Verwaltungsebenen durchzusetzen. Die neue Stadtverwaltung ordnete Wahlen in Mainz und in allen zur Republik gehörenden Städten und Dörfern an. Gewählt wurden nicht nur zukünftige Abgeordnete eines Parlamentes. Mit der Wahl war auch ein Eid auf die Verfassung und ein Verzicht auf kurfürstliche Privilegien verbunden. Zugleich wurden Wortführer der Opposition aus der Stadt ausgewiesen. Die Zünfte wurden per Dekret aufgelöst, nachdem sie sich gegen den Verfassungseid ausgesprochen hatten. Unter diesen erschwerten Bedingungen fanden die Wahlen am 24. Februar 1793 statt. Immerhin konnte in 147 von 180 linksrheinischen Gemeinden gewählt werden. Gewählt wurden die Stadt- bzw. Ortsräte und die Abgeordneten des Parlamentes der ‚Mainzer Republik‘. Ein historisches Novum war, dass ein großer Teil der männlichen Bürger über 21 Jahre wahlberechtigt war. Für eine Kandidatur musste man 25 Jahre alt sein. Ausgeschlossen blieben Frauen, Ausländer und verschuldete oder in direktem Abhängigkeits-